

## Vor 65 Jahren: Gründung der EUROPA-UNION Deutschland in Syke

Am 9. Dezember 2011 wird die EUROPA-UNION Deutschland 65 Jahre alt. Die EUROPA-UNION Deutschland ist eine überparteiliche und unabhängige politische Organisation. Ihr Ziel ist es, die europäische Einigung kritisch zu begleiten und bürgernah zu fördern und dementsprechend auch Einfluss auf die politische Entwicklung in der Europäischen Union auszuüben. Sie ist quasi Mittler zwischen den politischen Entscheidungsträgern der Union und deren Bürgern. Der Gedanke, Europa zu vereinen, ist nicht neu. Schon vor 500 Jahren hatte der niederländische Theologe und Philosoph Erasmus von Rotterdam die Völker Europas zu einem Völkerbund aufgerufen. Und William Penn, der Quäker, nach dem der amerikanische Bundesstaat Pennsylvania benannt wurde, beschwor 150 Jahre später die Staaten, eine Europäische Bundesversammlung zu schaffen.

Auch der große französische Dichter Victor Hugo kündigte im Jahre 1851 die "Vereinigten Staaten von Europa" an. Er erntete Hohn und Spott. Stattdessen folgten auf diesem Kontinent immer nur neue Kriege. Stets war Europa dem Krieg näher als dem Frieden. Erst nach dem Schrecken zweier Weltkriege nahm man die Appelle ernst. In seiner berühmten Rede vom 19. September 1946 in Zürich sagte der damalige britische Premierminister Winston Churchill:

"Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei oder vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen genießen. (...) Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa schaffen. (...) Der Weg dahin ist einfach. Es ist nichts weiter dazu notwendig, als dass Hunderte von Millionen Männer und Frauen Recht statt Unrecht tun und Segen statt Fluch ernten."

Der Vollständigkeit halber muss aber auch ein weiterer Satz aus dieser Rede zitiert werden. Churchill fügte nämlich hinzu, dass "Großbritannien, das Britische Commonwealth, das mächtige Amerika und - wie ich hoffe - Sowjetrußland Freunde und Förderer des neuen Europa" sein müssten. Großbritannien, so Churchill 1946, wollte zwar den Zusammenschluss Europas fördern, aber vorerst selbst nicht daran teilnehmen.

### **Erste Anfänge in der Schweiz**

Mag sein, dass so in Zürich die Kette vieler Missverständnisse entstanden ist, die den Beginn europäischer Einigungsbemühungen immer wieder begleiteten. Angefangen hatte es in einem europäischen Land, das bis heute noch nicht Mitglied der Europäischen Union ist. Angeregt durch den Paneuropa-Kongress, der im Oktober 1932 in Basel stattfand, bildeten sich in verschiedenen Kantonen Gruppen, die sich für eine Einheit Europas einsetzten. Aber die Schweizer konnten sich mit dem Politikverständnis der Paneuropäer unter Führung des Grafen Coudenhove-Kalergi nicht anfreunden. Sie hatten ein anderes Verständnis von Demokratie, wollten ein föderales Europa und so gründeten sie am 24. Juni 1934 eine eigene "EUROPA-UNION". Zu ihrem Zentralpräsidenten wählten sie den Redakteur Dr. Hans Bauer, der das Amt bis zu seinem Tode 1965 innehatte.

Vier Jahre später, im August 1938, wurde in London die "Pax Union" gegründet, die sich aber schon bald darauf "Federal Union" nannte. Bereits 1940 hatte sie in Großbritannien mehr als 1000 Mitglieder, die sich aktiv für ein föderal strukturiertes Europa einsetzten. 1941 verfassten auf der italienischen Verbannunginsel Ventotene die beiden Italiener Altiero Spinelli und Ernesto Rossi ihr berühmt gewordenes Manifest von Ventotene, das vor allem in europäischen Widerstandskreisen Verbreitung fand. (Spinelli hat später als Abgeordneter des Europäischen Parlaments 1984 den "Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union" vorgelegt).

Gerade Widerstandskreise waren es, die im Zweiten Weltkrieg den Gedanken eines vereinten föderalen Europas in ihr Programm aufgenommen hatten. In Berlin hatte sich 1939 die Widerstandsgruppe „Europäische Union“ um die Ärzte Georg und Anneliese Groscurth (Charité

Berlin), sowie Robert Havemann, Herbert Richter und Paul Rentsch gegründet, die ein geeintes sozialistisches Europa anstrebten. In Frankreich gründete sich im Dezember 1941 eine Gruppe mit dem Namen "Combat", die auch eine illegale Zeitung mit dem gleichen Namen herausgab, in der als Ziel die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert wurde. Im Mai 1944 kam es in Genf zu einer Konferenz von Widerstandskämpfern. Auf ihr wurde eine Deklaration zugunsten einer europäischen Föderation verfasst, die gedanklich sehr stark von den Ideen Altiero Spinellis und Ernesto Rossis beeinflusst war. Und anlässlich des Zusammenschlusses französischer Widerstandsgruppen im Juni 1944 unter dem Namen "Comité Français pour la Fédération Européenne" wurde eine Erklärung veröffentlicht, die auf die Notwendigkeit einer europäischen Föderation hinwies.

Was während des Krieges noch vielfach im Geheimen vor sich ging, konnte nach dem Krieg öffentlich und verstärkt fortgeführt werden. So lud die Schweizer EUROPA-UNION im September 1946 die europäischen Föderalisten zu einer Konferenz nach Hertenstein am Vierwaldstätter See ein. Dort wurden zwölf Thesen verfasst, die als "Hertensteiner Programm" zur Grundlage der europäischen Arbeit der Nachkriegsjahre und zugleich zum politischen Gründungsdokument der späteren EUROPA-UNION Deutschland wurden. Der Zufall fügte es, dass zur gleichen Zeit nicht weit vom Vierwaldstätter See Sir Winston Churchill in Zürich ebenfalls ein Plädoyer für ein geeintes Europa hielt. Der Hertensteiner Konferenz folgten noch zwei weitere Treffen in Luxemburg und Basel. Bereits am 17. Dezember 1946 wurde dann in Paris die Union Europäischer Föderalisten (UEF) gegründet, wobei Italiener, Franzosen und Niederländer besonders stark vertreten waren.

### **"Europäer" unter Besatzungsrecht**

Auch die Deutschen hatten zu den UEF-Veranstaltungen Einladungen bekommen, aber sie konnten nicht teilnehmen, weil sie in der ersten Nachkriegszeit von den Besatzungsbehörden keine Reisegenehmigung erhielten. Einzige Ausnahme waren einige im Schweizer Exil lebende Deutsche. Unter ihnen das ehemalige Mitglied des Reichstages Heinrich Ritzel, der auch als Völkerbundbeamter tätig war. Der gebürtige Franke war seit 1939 Zentralsekretär der Schweizer EUROPA-UNION. Obwohl also die deutschen "Europäer" zunächst nicht an den UEF-Konferenzen teilnehmen konnten, waren sie schon bald nach dem Krieg recht aktiv. In zahlreichen Orten der westlichen Besatzungszonen - insbesondere der britischen - wurden unter verschiedenen Namen Gruppen gebildet, die sich alle die Einigung Europas zum Ziel gesetzt hatten. Doch auch innerhalb der Besatzungszonen war es nicht leicht zu reisen, und daher hatten diese Gruppen zunächst wenig Kontakt untereinander.

Schließlich gelang es Heinrich Ritzel auf abenteuerlichen Umwegen über niederländische und englische Teilnehmer auf dem Hertensteiner Treffen mit Wilhelm Heile aus Syke Verbindung aufzunehmen. Wilhelm Heile war vor dem Krieg Reichstagsabgeordneter gewesen, hatte das Ermächtigungsgesetz und den Nationalsozialismus stets abgelehnt und in der Weimarer Zeit einen "Verband für europäische Kooperation" gegründet. Die britischen Besatzungsbehörden hatten den niedersächsischen Demokraten, der am 18. Dezember 1881 in Diepholz geboren wurde und während der nationalsozialistischen Diktatur zurückgezogen in Colnrade lebte, nach Kriegsende zum Landrat des damaligen Kreises Grafschaft Hoya ernannt. Zusammen mit dem Fabrikanten Wilhelm Hermes aus Mönchengladbach gründete Heile am 9. Dezember 1946 mit Unterstützung der britischen Besatzer bei einem Treffen in Syke die EUROPA-UNION Deutschland (EUD). In Anlehnung an die schweizerische EUROPA-UNION hatte der Gast aus der Schweiz, Heinrich Ritzel, auch für die deutschen "Europäer" den Namen EUROPA-UNION vorgeschlagen. Heile wurde erster Vorsitzender und Hermes Geschäftsführer mit einem Sekretariat in Mönchengladbach. Erste Kundgebungen gab es in Duisburg, Köln, Kiel und Lübeck. In der sowjetischen Besatzungszone jedoch wurden alle Aktivitäten der neu gegründeten EUROPA-UNION und anderer Europa-Verbände verboten.

Der erste Kongress der EUROPA-UNION fand im Juni 1947 in Eutin statt, an dem bereits 200 Delegierte aus 50 Bezirksgruppen teilnahmen. Dennoch, die Schwierigkeiten, insbesondere die materiellen, waren zu dieser Zeit immens. Noch immer war es nicht möglich, Delegierte der deutschen EUROPA-UNION zum Kongress der Union Europäischer Föderalisten (UEF) nach Amsterdam zu schicken, die dort im April 1947 tagten. Und die UEF ihrerseits weigerte sich, Vorschläge zur Lösung des Deutschland-Problems zu machen, "solange unsere deutschen Gesinnungsgenossen nicht bei den Beratungen anwesend sein können". Im November 1947, nachdem sich weitere föderalistische Gruppen in Deutschland der EUROPA-UNION Deutschland angeschlossen hatten, wurde sie Mitglied der UEF. Sie wurde damit die deutsche Sektion der „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF).

Unter dem Vorsitz von Winston Churchill wurde im Mai 1948 in Den Haag ein Europa-Kongress einberufen, an dem mehr als 700 Politiker aus westeuropäischen Ländern teilnahmen. Er wurde maßgeblich von der UEF vorbereitet. Wichtigstes Ergebnis dieses Kongresses war zum einen die Gründung des Europarats, dem heute 47 Staaten als Mitglieder angehören, und zum anderen die Gründung des European Movements. 1949 wurde in Wiesbaden der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung, die heutige Europäische Bewegung Deutschland, gegründet, der auch die EUROPA-UNION angehört.

Nach dem Kongress von Eutin fand im Mai 1949 der 1. Ordentliche Kongress der EUROPA-UNION in Hamburg statt. Auf diesem Kongress wurde der Publizist Eugen Kogon als Präsident der EUROPA-UNION gewählt. (an manchen Stellen wird das Datum dieses Kongresses auch als Gründungsdatum der EUD angegeben). Seine Nachfolger waren der Publizist Ernst Friedländer (1954 - 1957), der Bankier Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim (1957 - 1973), der Journalist Theo M. Loch (1973 - 1980), der Altbundespräsident Walter Scheel (1980 - 1989), die ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Egon A. Klepsch (1989 – 1997) und Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering (1997-2001), der Europaabgeordnete Elmar Brok (2001-2006) und ab 2006 amtiert Peter Altmeier als Präsident der EUROPA-UNION.

### **Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger**

Seit Beginn versteht sich die EUROPA-UNION Deutschland als eine unabhängige, an keine Partei gebundene politische Organisation. In einem flächendeckenden Netz von heute 16 Landesverbänden und rund 400 Bezirks-, Kreis-, Orts- und Stadtverbänden wirken etwa 20.000 Mitglieder aktiv für die Einheit Europas. Die EUROPA-UNION setzt sich dafür ein, die breite Öffentlichkeit für die europäische Einigung zu mobilisieren. Sie vermittelt den Bürgern die erforderlichen Informationen zum Verständnis der europäischen Integration und versucht, sie von der Notwendigkeit des persönlichen Engagements zu überzeugen.

Die Verbandszeitschrift „Europa Aktiv“ erscheint zweimonatlich und wird allen Mitgliedern zugestellt. Auf Vortragsveranstaltungen, Diskussionsforen, Kongressen, Verbands- und Fachseminaren werden euroapolitische Themen behandelt. Auf Kundgebungen und bei Straßenaktionen wird die Öffentlichkeit darüber informiert, wie es in Europa weitergehen soll. Der in jedem Jahr am 9. Mai europaweit begangene Europatag ist Anlass für die Mitglieder zu vielfältigen Aktionen, auch in der im gleichen Zeitraum stattfindenden Europawoche. Anlass für die Mitglieder der EUROPA-UNION, an diesem Tag auf Veranstaltungen und an Informationsständen verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Enge Zusammenarbeit besteht auch mit den Europa-Häusern und Europäischen Akademien, die sich mit der außerschulischen euroapolitischen Bildung beschäftigen und vielfältige Angebote unterbreiten. Auch speziell für die Jugend wird etwas getan: Die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) veranstalten europaweit jugendgemäße Aktionen, Seminare, Bildungsreisen, Sprachkurse und Jugendaustausch. Neben diesen vielfältigen Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit ist die EUROPA-UNION ständig bemüht, auf die "offizielle" regierungsamtliche Europapolitik in der Bundesrepublik

Deutschland, bei den Organen der Europäischen Union und des Europarates Einfluss zu nehmen und dazu beizutragen, die Einheit Europas Schritt für Schritt voranzubringen.

Seit ihrer Gründung setzt sich die EUROPA-UNION Deutschland für die föderale Einigung Europas ein. Inhalt dieser Grundphilosophie ist nicht die Abschaffung der Nationalstaaten, sondern föderale und demokratische Strukturen für deren Zusammenarbeit zu finden, um unnötige nationale Egoismen und Machtkonzentrationen zu verhindern und zugleich die kulturelle Vielfalt dieses Erdteils zu erhalten. Viele Beispiele zeigen, dass die EUROPA-UNION Deutschland schon früh Impulse gegeben hat, die heute Wirklichkeit geworden sind. Bereits auf dem 1. Ordentlichen Kongress der EUROPA-UNION in Hamburg im Mai 1949 plädierte man für ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa. Von Anfang an ist die EUROPA-UNION für die Direktwahl und die Stärkung des Europäischen Parlaments eingetreten. Heute steht das Ziel der gleichberechtigten Beteiligung von Parlament und Ministerrat an der EU-Gesetzgebung auf der Tagesordnung. Anlässlich der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament erhob erstmalig die EUROPA-UNION die Forderung nach Direktwahlbeauftragten der Länder. Damit wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, aus der später die Europabeauftragten der Landesregierungen und schließlich - mit dem Einbau in die ministerielle Entscheidungsebene durch die Schaffung von Gleichrangigkeit auf der Ebene des Bundesrates und der Bundesregierung - die Europaminister hervorgingen.

Schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt hat die EUROPA-UNION die Entwicklung einer Unionsbürgerschaft verlangt. Dies ist heute erreicht und im Maastrichter Vertrag festgeschrieben. Bereits 1968 sprach sich die EUROPA-UNION für eine gemeinsame Währung aus, und sie kreierte dabei - als erste - den Namen "Euro". Ein entsprechendes Werbeblatt der EUROPA-UNION, auf dem die Münzeinheit "Euro" abgebildet war, hatte fast prophetischen Charakter. Auf viele Jahrzehnte wirkungsvoller Arbeit kann die EUROPA-UNION nun zurückblicken, und manches, was in diesen Jahren erwünscht, gefordert und erarbeitet worden ist, gehört heute zur Wirklichkeit. So haben wir heute den VERTRAG ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION in Verbindung mit dem VERTRAG ÜBER DIE ARBEITSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION, zusammengefasst „Vertrag von Lissabon“ genannt. Wenn dies auch nicht der eigentlich entwickelten Verfassung für Europa entspricht, so ist es doch ein entscheidender Meilenstein auf dem Weg zu einer Politischen Union.

Als am 07. Dezember 1996 am Gründungsort in Syke in Anwesenheit von Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süßmuth und des Altbundespräsidenten und damaligen Präsidenten der EUROPA-UNION Walter Scheel, des 50-jährigen Gründungstages gedacht wurde, wussten die Mitglieder der EUROPA-UNION Deutschland, dass es zur Schaffung der Politischen Union noch viel engagierter Arbeit bedurfte.

Am 09. Dezember 2006 wurde, ebenfalls in Syke, anlässlich des 60-jährigen Bestehens der EUROPA-UNION, ein Kunst- und Kulturprojekt „EuropaGarten“ eröffnet, die Jahresabschlussstagung des Europäischen Jugendparlaments durchgeführt und die zentrale Feierstunde aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung der EUD mit einem Referat des Schweizer Schriftstellers Adolf Muschg gestaltet. Am nächsten Tag wurde der Bundeskongress der EUROPA-UNION in Bremen fortgesetzt. Bei der zentralen Feierstunde erinnerten Redner wie der damalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Christian Wulff, der damalige Vorsitzende der EUROPA-UNION Elmar Brok (MdEP), Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering und andere an die Idee - und unmittelbar nach den erlebten Kriegen wohl auch visionäre Vorstellung - eines friedlichen und vereinten Europas. Heute nun, mit dem Vertrag von Lissabon, der Stärkung des Europäischen Parlaments, der Menschenrechtscharta und des Euro als gemeinsame Währung, ist dies immer mehr gelebte Realität geworden.

Die Notwendigkeit eines bürgerschaftlichen Engagements und die Aktivitäten der Europäischen Föderalisten mit der deutschen Sektion als EUROPA-UNION (EUD), unserem niedersächsischen Landesverband mit seinen regionalen Gliederungen und der Jugendorganisation (JEF), sind gleichwohl wichtiger denn je, um ein bürgernahes Europa zu gestalten und weiterzuführen. Wir werben deshalb auch an dieser Stelle um Ihre Unterstützung und Mitgliedschaft.